

## **FDP lehnt Resolution zur Seenotrettung im Mittelmeer ab:**

**"Wir bezweifeln nicht die guten Absichten der privaten Seenot Helfer. Die ungewollten Konsequenzen ihres Engagements sind kritisch zu bewerten!"**

Die Initiative für eine gemeinsame Resolution der Ratsfraktionen zur Unterstützung der privaten Seenotrettung im Mittelmeer einschließlich der Selbstverpflichtung zur Aufnahme Geretteter, wird von der FDP nicht unterstützt.

"Für das Engagement der Menschen, die sich im Mittelmeer darum bemüht haben, das Leben von Migranten zu retten, haben wir auch als Liberale großen Respekt. In der Sache müssen wir aber feststellen, dass die Seenotrettung in der von privaten Hilfsorganisationen praktizierten Form in den vergangenen Jahren oft kontraproduktiv gewirkt hat", erklärt FDP-Fraktionsvorsitzender Joachim C. Heitmann.

Das European Political Strategy Center (EPSC) der Europäischen Kommission habe bereits im Februar 2017 festgestellt, dass die privaten Hilfsorganisationen ihre Operationen immer näher an die Küsten verlagert haben, bis hinein in libysche Hoheitsgewässer. Die Folge sei, dass die Schlepperorganisationen seit 2016 immer stärker dazu übergegangen seien, Migranten nur noch auf Schlauchbooten auf das Meer zu schicken – und mit Handys oder Funkgeräten, um die Rettungsleitstelle in Rom zu kontaktieren.

Inzwischen würden 70 Prozent aller Schlepperoperationen aus Libyen in dieser Form durchgeführt. Die Schlepper beabsichtigten gar nicht mehr, Migranten nach Europa zu bringen, sondern spekulierten von vornherein auf die Aufnahme durch private Seenotretter. Die "Überfahrt" würde für Migranten dadurch im Ergebnis aber zu einem noch größeren Risiko. Die Kosten und persönlichen Risiken der Schlepper dagegen sinken würden.

"Hinzu kommt, dass viele der Menschen, die sich über das Mittelmeer auf den Weg nach Europa machen, von vollkommen falschen Erwartungen ausgehen. Über 80 Prozent der Migranten, die seit dem 1. Januar 2018 in Italien eingetroffen sind, kommen aus Staaten, in denen keine systematische Verfolgung stattfindet. Nur die wenigsten haben deshalb überhaupt eine Bleibeperspektive. Flüchtlinge aus den Kriegs- und Krisenstaaten Syrien und Irak machen aktuell nur rund sechs bis sieben Prozent der der in Italien und Spanien eintreffenden Flüchtlinge aus", so Heitmann.

"Darum wollen wir einerseits einen besseren Schutz der europäischen Außengrenzen, insbesondere durch einen Ausbau von Frontex. Und gleichzeitig müssen wir daran arbeiten, legale Wege zur Migration nach Deutschland und Europa zu schaffen. Dazu gehört ein Einwanderungsgesetz, aber vor allem auch die Schaffung von Asylzentren in Anrainerstaaten der EU. Um denjenigen Menschen einen sicheren Weg nach Europa zu eröffnen, die hier keine beruflichen Chancen haben – aber Schutz vor Krieg oder politischer Verfolgung verdienen."